

Preis: 2.20 M.
Verlag: G. B. G. G.
Redaktion: G. B. G. G.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Anzeige
der ersten Seite 50 Pf.
Restliche 40 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Ems, Adm. Nr. 7.
Herausgeber: Dr. G.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
H. G. G. G.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 235

Bad Ems, Montag, den 13. Oktober 1919

71 Jahrgang

Der Konflikt wegen der Baltentruppen.

Die neue Note der Alliierten. Der Oberste Rat hat die Antwortnote Hochs bezüglich der Baltischen Provinzen geprüft. In dem neuen Entwurf wird besonders dem jüngsten Zwischenfall Rechnung getragen und auf den deutschen Angriff auf die baltischen Provinzen hingewiesen. In ihr wird, wie verlautet, gesagt, die Regierung des Generalen von der Goltz, Kurland zu verlassen, der Angriff der deutschen Truppen in Riga und anders die Gründung einer deutschbaltischen Regierung. Dem Vorfall des Grafen Bahlens, seien wichtige und wichtige Punkte. Die Versicherungen und Versprechungen der deutschen Regierung würden durch diese Tatsachen gestraft, und die deutsche Regierung müsse sich entschließen, die baltischen Provinzen zu verlassen, was sich in baltischen Provinzen ereignen, ebenso für die Auslieferung der deutschen Soldaten. Weiter werden die Maßnahmen, die die Verbandsmächte treffen würden, darunter die Wiederaufnahme der Blockade der Deutschen durch Stilllegung der Zufuhr von Nahrungsmitteln und anderer Bedarfsartikel.

Deutscher Angriff auf Riga? Nach einer Meldung der Tel.-Union aus London berichtet Daily Chronicle aus Riga, daß eine deutsche Streitmacht von 20.000 Mann außerhalb Rigas auf einer Front von zehn Meilen im Angriff auf die Letten unternommen habe. Die Berliner Abendpost meldet, daß die Reichsregierung an die Frage kommenden Dienststellen im Bereich der Ostfront Telegramm aus London weitergegeben, wonach die Letten aus Anlaß des Angriffes auf Riga über das Gebiet der Ostsee die sogenannte kleine Blockade verhängt. Die freie Fahrterlaubnis für alle deutschen Schiffe der Ostsee wird aufgehoben. Die in See befindlichen Schiffe sind zurückzurufen und das Auslaufen der Schiffe ist verboten. Zuwiderhandelnde Schiffe werden beschlagnahmt.

Deutsche Truppen in russischem Dienst. Es ist festzustellen, daß an den gemeldeten Kämpfen der deutschen Truppen auch die Heeresgruppe Blücher beteiligt war. Mit dieser in russische Dienste übergetretenen Truppe hat, wie man hört, die Regierung nichts mehr zu tun. General von der Goltz forderte die Truppen auf, ihm zu folgen, wie sie sich zu den Ankündigungen der deutschen Regierung stellen.

Neue Kämpfe. Wie in Smolensk (Ostpr.) zu hören ist, verläuft, marschieren starke estnische Kolonnen gegenwärtig auf Riga. Ebenso sollen Transporthilfen der deutschen Truppen an Bord auf dem Wege nach Libau. Der russische Oberst Birgoltzschel, Kommandeur der russischen Freiwilligen-Regimente, hat in Maueranschlag in Schanzen die von seinen Truppen besetzten Gebiete Litauens als russisches Gebiet erklärt. Die litauischen Truppen in Schanzen wurden von den Bürgermeistern am Tage zuvor Schanzen verlassen. Deutsche Truppen des noch in Schanzen befindlichen 2. Diebstahl sind an dem obigen Verbrechen beteiligt. Die Kämpfe der litauischen und russischen Truppen zwischen Litau und Riga dauern an. Es ist der deutschen Reichsregierung unterstehenden dabei beteiligt.

Die Friedensverhandlungen.

Englands Ratifikation. Das, Reutersche Nachrichten aus London vom 10. Oktober, daß der König von England die Friedensverträge ratifiziert hat, und daß die Urkunde dem Parlament vorgelegt worden ist.

Der Eintritt des Friedenszustandes. In dem unterrichteten politischen Kreisen glaubt man zu dem, daß im Laufe dieser Woche die Ratifikationsurkunden Englands und Italiens über den Friedensvertrag, den die Bestimmungen des Vertrages in dem ersten Protokoll ausgefertigt, womit der Vertrag in dem vertragsschließenden Teilen in Kraft tritt. Das formell der Friedensschluss ein. Wann sich diese erfüllen wird, hängt allerdings im wesentlichen vom Verlauf des Konfliktes wegen der Räumung der Baltischen Provinzen ab.

In amerikanischen Senat kam es laut Radio zu einer scharfen Aussprache über den Friedensvertrag. Beim Verlassen des Parlaments erklärte der republikanische Führer, daß die Wahl, den Republikanern bleibe nur die Wahl, den Friedensvertrag, so wie er ist, und ohne Verhältnisse, oder zu Fall zu bringen; damit würde die Friedensverträge vereinfacht zu haben, die Republikanern. Von einem Kompromiß sei keine Rede. Senator Mc Cormick, auf der er gegen den Friedensvertrag redet, fort, Senator McCormick richtete an das amerikanische Parlament die Anfrage, ob Amerika wegen des Friedensvertrages bei England Vorstellungen erhoben werden könnten.

Der amerikanische Senat trat am Freitag in die Erörterung des Friedensvertrages ein. Bourgeois als Berichterstatter sagte unter anderem: Die Steuerhöhe der Deutschen nicht nur denjenigen der Angehörigen der anderen Länder gleich sein, wie dies der Friedensvertrag vorsieht, sondern sie müßten höher als diese sein. Bei der Entwaffnung Deutschlands, wie diese vorzugehen ist, führte der Redner aus, daß die Maßnahmen sofort nach der Ratifikation in Kraft gesetzt werden müßten. Clemenceau rief an: Es wird geschehen, darüber besteht kein Zweifel.

Es befinden sich 100 französische Offiziere in Berlin, um darüber zu wachen. Bourgeois führt weiter aus, daß die Alliierten mit England und Amerika für Frankreich Garantien gegen später deutsche Ueberfälle seien. Das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich habe sich von Grund auf geändert. Der Friedensvertrag enthalte die nötigen Vorkehrungen, um dieses Verhältnis aufrecht zu halten. Nach der Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland müßten die Alliierten unter sich einen Vertrag abschließen, welcher den Verfall der Vertrag interpretiert. Ich hoffe, führt der Redner fort, daß binnen kurzem auch Spanien sich uns anschließen wird. Die Zeit ist gekommen, uns mit unseren Verbündeten über das Vorgehen in Rußland ins Einvernehmen zu setzen. Redner erklärte, wenn der Völkerverbund nicht halten würde, was er versprochen hat, würde dies den größten Mißerfolg für die ganze Welt bedeuten. Der Anschlag der Rede wurde beschloßen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die Gesamtzahl der Heimkehrer, die bis zum 9. Oktober in den Durchgangslagern eingetroffen sind, beläuft sich auf rund 270.000 Mann. Alle Kriegsgefangenen, die sich auf französischem Boden in amerikanischer Hand befanden, sind jetzt zurück. Ferner befinden sich unter den Heimkehrern rund 8.500 Mann, die in belgischer Kriegsgefangenschaft waren.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Heringe in Sicht! Die Abmachungen mit Norwegen über den weiteren Verlauf von gefangenen Heringen aus den Vorräten des Staates an Deutschland wurden nach einer Meldung aus Christiania unterzeichnet. Die deutsche Regierung hat nach diesen Abmachungen alle Vorräte des norwegischen Staates an Großheringen, Frühjahrsheringen und Heringlingen vom vorigen Jahre, im ganzen 770.000 Tonnen sowie 100.000 Tonnen englischer Heringe gekauft. Für die Vorzahlungsumme, die im ganzen etwa 33,5 Millionen Kronen beträgt, erhält die deutsche Regierung Kredit nach gewissen näheren Bedingungen.

Reichszuschüsse für Lebensmittel. Das Berliner Tageblatt erhält von unterrichteter Seite eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß über die Verdrängung der Reichszuschüsse für Lebensmittel bisher noch keine Rechnung gelegt werden konnte, da die erste Verwendungsaktion erst am 6. Oktober ihr Ende erreicht hat. Die aufgewandten eininhalb Milliarden sind ausschließlich zur Verbilligung ausländischer Lebensmittel verwendet worden. Während über den Umfang der Einkäufe und die Lieferungen in der Zeit vom Juli bis Anfangs Oktober höhere Angaben noch nicht vorliegen, betrug der Bezug an Lebensmitteln von den Verbandsregierungen bis Ende Juni etwa 718 Millionen Goldmark Wert, wovon rund 73 Millionen Goldmark auf Weizen, 41 Millionen Mark auf Bohnen und Erbsen, 165 Millionen Mark auf Schweinefleisch, 104 Millionen Mark auf Speck, 26 Millionen Mark auf Kartoffeln usw. entfielen. Die Lebensmittelzufuhren sind während der letzten drei Monate fortgesetzt worden. Die Aufwendungen dafür müssen mit der fallenden Währung erheblich nachgelassen haben. Der neue Dreieinhalb-Milliarden-Kredit, der jetzt von der Regierung verlangt wird, soll ebenfalls lediglich der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel dienen und ist für die Zeit bis zum 1. April 1920 berechnet. Voraussichtlich sind die ausländischen Lebensmittel sogar zur Aufrechterhaltung der Grundrationen notwendig.

Die besetzten Gebiete.

Frhr. v. Schorlemer über die Rheinische Republik. In einem Vortrag, den der frühere Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer in der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Nationalen Volkspartei hielt, bestritt der Redner mit aller Bestimmtheit, daß die Bestimmungen für ein selbständiges Staatswesen am Rhein schon mit dem Zeitpunkt eingeleitet hätten, wo das Weingebiet im Westen und zu verlassen drohte. Die Rheinländer hätten ohne Ausnahme im Krieg willig und reichlich ihre Opfer gebracht und die durch die Nähe des Kriegsschauplatzes gesteigerten Beschwerden geduldig ertragen. Bis jetzt sei ihre Stimmung erheblich besser und zuverlässiger gewesen als in anderen Teilen Deutschlands, insbesondere in Berlin. Erst der Umsturz vom 9. November habe eine rheinische Frage geschaffen, und das „Los von Berlin“ habe zunächst nichts weiter bedeutet, als „Befreiung von der Allmacht der Sozialdemokraten und Unabhängigen“. Unrichtig sei auch die Behauptung, daß die rheinische Bevölkerung schon seit der Eingliederung in Preußen dem preussischen Staatsgedanken ablehnend gegenübergestanden habe. Dem rheinischen Zentrum und seiner Presse sei es vorschaltend geblieben, im Kampf für die Rheinische Republik die Abneigung der rheinischen Bevölkerung gegen Preußen in den Vordergrund zu stellen! Und gerade diese Begründung habe diejenigen der neuen Bewegung entfremdet, welche in dem rheinischen Freistaat nichts anderes als ein Bollwerk des Deutschtums gegen den Westen, einen Damm gegen den Umsturz von Osten errichten wollten. Nach der Ansicht des Redners ist der rheinische Freistaat endgültig begraben, allerdings unter der Bedingung, daß in kurzer Zeit in Deutschland wieder Ordnung geschafft wird, und eine Regierung entsteht, die auch im Ausland und gegenüber dem Verband der deutschen Interessen mit Nachdruck vertreten kann. Zuletzt trat Frhr. v. Schorlemer noch entschieden dem ihm neuerdings gemachten Vorwurf entgegen, daß er auch gegenwärtig noch für die Rheinische Republik

eintrete. Mit den Worten: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein!“ schloß der Redner seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Die Streikunruhen in Saarbrücken am 7. und 9. Oktober hatten vor dem Kriegsgericht ein Nachspiel. Es wurden verurteilt: Vier Angeklagte wegen verbotenen Waffentragens zu je 200 Franken Geldstrafe einer wegen gemeinschaftlicher Plünderung zu zwei Jahren Gefängnis, drei wegen des gleichen Vergehens zu fünf Jahren Zwangsarbeit und 200 Franken Geldstrafe und Aufenthaltverbot, einer wegen des gleichen Vergehens zu zehn Jahren Zwangsarbeit, 200 Franken Geldstrafe und Aufenthaltverbot, vier Angeklagte zu fünf Jahren Zwangsarbeit, 200 Franken Geldstrafe und Aufenthaltverbot, ein Angeklagter zu einem Jahr Gefängnis, ferner wegen Banden-Plünderung ein Angeklagter zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit, 200 Franken Geldstrafe und Aufenthaltverbot. Wegen verbotenen Waffentragens und Mordversuchs wurde Jakob Johannes zum Tode verurteilt.

Die Lage im Saargebiet. Ueber den Ausstand im Saargebiet wurde am Freitag von der französischen Behörde ein neuer Bericht veröffentlicht, in dem es heißt: Der gestrige Tag hat eine wesentliche Entspannung an der Saar herbeigeführt. Die Eisenbahner nahmen im Laufe des Nachmittags die Arbeit wieder auf. Die Bergleute und Metallarbeiter sind gleichfalls in ihrer Mehrzahl zur Arbeit zurückgekehrt. In Saarbrücken verlief der Tag sehr ruhig. Einige Banden versuchten noch an verschiedenen Punkten der Stadt Unordnung zu schaffen, wurden aber durch Kavalleriepatrouillen zerstreut. — Der in Trier ausgebrochene Eisenbahnerstreik ist beigelegt. Die Eisenbahner haben am Freitag vormittag sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die französischen Behörden erklärt hatten, daß sie den Wünschen der Arbeiter nach Kräfteinrichtungen würden. Ueber einige ihrer Forderungen wird jetzt die Entscheidung des Marshalls noch eingeholt.

h. Der französische Sprachunterricht wurde von General Mangia kurz vor seiner Abberufung als obligatorisches Fach bei den Mittelschulen im besetzten Rheingebiet angeordnet. In Mainz haben die Franzosen die Ministerkirche, in der bisher evangelischer Gottesdienst abgehalten wurde, beschlagnahmt und als katholische Kirche eingerichtet.

Die Kölner Stadtverordnetenwahl. Das amtliche Ergebnis ist am Samstag bekanntgegeben worden; danach haben von 400.507 Wahlberechtigten 202.759 (50,7%) männliche und 97.012 weibliche Wähler, das sind 30,63 v. H., ihr Wahlrecht ausgeübt. Ungültig waren 447 Stimmen, so daß 202.312 gültige Stimmen in Frage kommen. Es erhielt die Liste des Zentrums 85.259 Stimmen oder 41,6 v. H., der Mehrheitssozialisten 76.100 Stimmen oder 37,6 v. H., der Unabhängigen 13.510 Stimmen oder 6,7 v. H., der Demokraten 12.978 Stimmen oder 6,4 v. H., der Deutschen Volkspartei 10.343 Stimmen oder 5,1 v. H., der Deutschen Nationalen Volkspartei 4.123 Stimmen oder 2,0 v. H. Dabei ist es überaus lehrreich, die Verteilung der Wähler und Wählerinnen auf die einzelnen Parteien zu vergleichen. Es haben erhalten: beim Zentrum 34.000 = 39,5 v. H. Männer, 51.259 = 60,2 v. H. Frauen, bei den Mehrheitssozialisten 47.074 = 61,8 v. H. Männer, 29.026 = 38,2 v. H. Frauen, bei den Unabhängigen 9.484 = 70,2 v. H. Männer, 4.026 = 29,8 v. H. Frauen, bei den Demokraten 7.639 = 59,2 v. H. Männer, 5.339 = 40,8 v. H. Frauen, bei der Deutschen Volkspartei 5.409 = 50,3 v. H. Männer, 4.934 = 47,7 v. H. Frauen, bei der Deutschen Nationalen Volkspartei 1.903 = 46,1 v. H. Männer, 2.219 = 53,9 v. H. Frauen. Man sieht hieraus, daß nur beim Zentrum und bei der Deutschen Nationalen Volkspartei die Frauen in der Mehrheit sind. Während aber bei der Deutschen Nationalen Volkspartei die Mehrheit der Frauen verhältnismäßig gering ist, muß sie beim Zentrum als geradezu ausschlaggebend bezeichnet werden, denn das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Wählern ist nahezu 2:3. Dagegen ist bei den Sozialisten das Umgekehrte der Fall. Die geringste Frauenbeteiligung haben verhältnismäßig die Unabhängigen zu verzeichnen. Der geben die Zahlen wieder, weil sie eine gewisse Bedeutung für die Wahlen in anderen Teilen des besetzten Gebietes haben dürften.

F. Die in Köln erscheinende Rheinische Zeitung veröffentlicht unterm 27. September 1919 folgenden Artikel:

Wofür wir hassen müssen!

In unserm Dortmunder Parteiblatt veröffentlicht Dr. Wilhelm Appens, der während des Krieges in Charlotten Kommandanturbeamter war, Skizzen aus dem Leben und Treiben der Stappemilitaristen. Unter anderem bespricht er auch in einer ergreifenden Erzählung, wie süß das Leben der armen Menschen des besetzten Gebietes zugeht, wurde von der brutalen Willkür mehrerer Offiziere:

„Ganze Salons und Schlafzimmereinrichtungen, Bett- und Tischwäsche, Gardinen, Geschirr, Kissen, Plüsch, Gramophone, Bilder, Teppiche usw. wurden von Lastautos in die Quartiere der hohen Kommandostellen geschleppt. Requisitionszettel sind ja so schnell unterschrieben wie Blankettdokumente.“

Dann ein ergreifendes Beispiel von vielen: Eines Tages erschien der Ortskommandant von Walsahn mit dem Befehl des H. O. R. 1, eine größere Möbelrequisition in Charlotten vorzunehmen. Ein neues Kasino, Kino usw. mit allem Drum und Dran sollte ausgestattet werden. Der Kommandant

kränzte sich. Vergebens — der Kommandierende General wünschte es, die Inspektion ersuchte, die Kommandantur befehl und ich gehorchte.

Hauptmann W., so hieß das militärische Oberhaupt von Wagny, begleitete mich persönlich. Wir fuhren zum Stadthaus in Metz. Der Bürgermeister war selbst zu gegen; ich trug ihm unser Anliegen vor. Er erklärte sich bereit, persönlich mitzugehen und führte uns in seine eigene Villa. „Bitte, wählen Sie,“ sagte der Franzose zum deutschen Offizier. „Ist der Kerl verrückt?“ meinte der Hauptmann, „er will seine eignen Möbel herausgeben?“ Die „Requisition“ im Hause des Bürgermeisters begann. Zunächst das Schlafzimmer der geliebten Gattin des Bürgermeisters. Herr Brugelles nannte den Wert der Sachen. Ich schrieb. Der Hauptmann flüschte um die Preise. Dann: Das Billardzimmer. Seidene Wandteppiche, auf wundervollen Gobelins Jagdzänen, Wanduhren, Boden, ausgelegte Spieltische. Der Hauptmann schmunzelte. Er riß die Türen aller Zimmer auf, wählte in den Wäschechränken und wählte aus, was ihm gefiel. — Als ich den deutschen Offizier so wie einen gemeinen Verbrecher „arbeiten“ sah, trieb mir die Empörung die Schamröte ins Gesicht. Der Herr des Hauses stand daneben. Sein Atem stieg. Er grub die Zähne in die Lippen und — schwieg.

Nun ging's wieder hinunter in den Chais und die Gesellschaftszimmer. „Hier, mein Kapitän, sind meine Hauskleinodien; ich hüte sie mit meiner Seele. Sie sind mein heiliges Familiengut.“ Ich verdolmetschte dem Hauptmann diese Worte des Bürgermeisters. Er blieb taub.

Herr Brugelles nahm seine Zuflucht zu mir. „Sehen Sie, dieser Flügel, er ist aus Deutschland, — die Firma, Sie kennen Sie ja — Blüthner. Und dann hier mein Büffet, massiv Eichen, nach Maß für dieses Zimmer hergestellt. Und da“ — er riß einen Stuhl an sich, wie eine Mutter ihr Kind, das man ihr rauben will, „jede Lehne dieser zwölf Stühle ziert eine Handwerkskunst, mit Sorgfalt und Liebe von meinen Familienmitgliedern gearbeitet.“ Der Franzose nahm meine beiden Hände, von mir eine Rettung erhoffend. „Was schwärzt der ausgemergelte Franzosentopf?“ wandte sich der Hauptmann an mich.

Ich bettete für den Bürgermeister. „Glauben Sie, Untertan, eine Erzelenz soll im Dreck liegen, während dieses Bad auf Seide sitzt und schläft? Alles wird reuigiert. Der Kerl bekommt seinen Gutschein; den mag ihm bezahlen, wer will.“

Herr Brugelles schien zu verstehen. Seine Seele riß sich los. Die Augen irrten durch die hohen Fenster ins Weite. — Nachmittags fuhren Lastautos vor, um den Raub zu bergen.

Nicht Tage später überreichte ich dem Bürgermeister den Gutschein: 40 000. — Franken. Und wieder eine Woche später begruben die Einwohner von Metz ihren Bürgermeister.

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 10. Oktober.

Die heutige Tagung begann mit einer ganzen Anzahl von Anfragen, die wenig Interesse beanspruchten. Dann wird die politische Aussprache fortgesetzt.

Abg. Volz (Zentr.): Weit wichtiger als die Untersuchung über die Gegenwartsarbeit, und das ist ja auch der Hauptzweck dieser politischen Aussprache. Noch nie hat eine Regierung ein klareres und offenkundigeres Programm entwickelt als die jetzige. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Revolution kein Müßli war. Wir haben als Partei keinen Grund, auf die Monarchie zu schelten und die Republik zu loben. Die Monarchie ist ohne unser Zutun zusammengebrochen. Ihre Wiedererrichtung war damals und ist heute noch eine politische Unmöglichkeit. Wenn man in Deutschland wieder Ordnung schaffen will, so bleibt eben nichts anderes übrig, als ein reines Regierungsprogramm aufzustellen unter möglicher Zurückstellung aller Parteigegensätze. Wir sind mit dem Regierungsprogramm im allgemeinen einverstanden. Das hindert uns aber nicht, Kritik zu üben und Wünsche zu äußern. Ich sage dies insbesondere mit Rücksicht auf eines der schwierigsten Punkte, das Vertriebsstrategie. Die jetzige Arbeitslosenunterstützung muß durch eine Erwerbslosen-Versicherung in Verbindung mit

dem indirekten Arbeitszwang ersetzt werden. Die Arbeitsarbeit muß in irgendeiner Form wieder eingeführt werden. (Beifall im Zentrum.) Eine andere wichtige Frage ist die Preispolitik. Ohne einen gewissen Zwang wird es auch weiterhin in der Einfuhr und in der Ausfuhr nicht gehen. Schließlich noch ein paar Worte über unsere Forderungen. Man beliebt es in den Kreisen der Opposition, das Geisest des Staatsbankrotts an die Wand zu malen. Der Staatsbankrott darf nicht kommen, und er kann nicht kommen. Die Notwendigkeit einer Vermögensabgabe in irgendeiner Form ist einfach gar nicht zu umgehen. (Sehr richtig und Zustimmung.) Uebrigens wird äußerster Sparjamkeit in Zukunft notwendig sein. Was gegen die Steuerflucht getan werden kann, muß getan werden. Freilich, alles zu lassen, wird nicht möglich sein. Schwere Tage stehen uns in diesem Winter noch bevor. Ich glaube an die Zukunft des deutschen Volkes, weil ich an die Zukunft jedes einzelnen unserer Volksangehörigen glaube.

Der Unabhängige H. n. k. polemisiert gegen Noske, vor allem wegen des Verbotes der „Freiheit“. Es gibt scharfe Worte. Noske bezeichnet Noskes Verhalten als schamlos und erhält den ersten Ordnungsruf, dem bald ein zweiter folgt. Die Zusage von rechts mehren sich. Die in der scharf angelegte Rede Noskes bietet nichts Neues, verursacht viel Lachen und scharfen Widerspruch.

Reichskanzler Bauer erwidert diesem Redner, der auch vom Balkum gesprochen hatte, u. a.: Die Regierung hat alle Mittel angewendet, um die Truppen aus dem Balkum herauszuholen. Den Unabhängigen kommt es darauf an, Hege zu treiben und im Lande und im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob die Regierung nicht ehrlich alles täte, um diese schwierige Frage zu lösen. Das Attentat auf den Abg. Haase wird draußen und im Hause von allen Parteien einmütig verurteilt. Die Freiheit hat einen Ruf der Unabhängigen an alle Parteigenossen gebracht, in dem versucht wird, das Attentat agitatorisch auszunutzen und Verheugung bei den Massen zu treiben. Wie es schmachlicher nicht gedacht werden kann. Die Einwohnerwehren leisten lediglich Polizeidienste, um die Ordnung zu erhalten. Auch die englische Regierung hat jetzt solche Einwohnerwehren ins Leben gerufen. Daß die Einwohnerwehren in besonderem Maße den Haß der Unabhängigen zugezogen haben, ist nur zu erklärlich. Die Verparbeiter des Ruhrreviers haben verlangt, daß die Arbeitslosen in die Bergwerke gebracht werden. Ich habe die gesunde Arbeiterschaft vollkommen hinter mir, wenn ich mit aller Macht gegen solche Agitation einschreite. Hier handelt es sich um die Notwehr der Gesellschaft, und zu dieser Gesellschaft gehören die Arbeiter zu neun Zehnteln. Wird die Wirtschaft zugrunde gerichtet, so leiden die Arbeiter am meisten darunter. Es ist ein Akt der Notwehr, wenn man solche Leute beim Argen nimmt und sie unschädlich macht. Wenn es darauf ankommt, die gesamte Gesellschaft zu retten, müssen die Parteinteressen zurücktreten. Aber die Parteinteressen führen jetzt Anhänger der Rechtsparteien dazu, die Dinge umzukehren. Wenn eines ihrer Fraktionsmitglieder in einer Versammlung die Regierung als Verbrechergesellschaft bezeichnet, so ist der politische Anstand so tief gesunken, wie er tiefer nicht sinken kann.

Abg. Dr. Heine (Deutsche Sp.): Solche Reden, wie die des Abg. Noske, müssen unser Vaterland auf das schwerste erschüttern; das Ausland wird durch sie gegen Deutschland aufgebracht. Wir wollen die Konsequenzen nach politischen, sozialen und wirtschaftlichen Richtungen ziehen. Eine verstärkte Gewalt des Parlamentes ist wirklich nicht eine Erleichterung der Revolution. Die erhöhte Macht des Parlamentes hätte sich ohne gewaltsamen Umsturz durch den früheren Reichstag durchführen lassen. (Widerpruch links.) Am großen und ganzen muß es so sein, daß für das Ministerium der geeignete Mann gesucht wird, jetzt ist es vielfach der Fall, daß für den Mann ein geeignetes Ministerium gesucht wird. (Stoße Unruhe, lebhafter Zusage: Namen nennen.) Die neuen Minister ohne Parteifarbe halten wir für nicht notwendig. (Unruhe.) Der Redner polemisiert dann gegen die Demokraten.

Reichsminister Schiffer: Die Notwendigkeit für die Bildung neuer Ämter ist gewissenhaft geprüft worden. Die Beschaffung war durchaus notwendig, weil sich eben Augen-

blick neue riesenhafte Aufgaben zeigen. Ihnen, die in Rahmen der gewöhnlichen Ressorts nicht zu lösen sind, längerer Poemik sagte Schiffer: Die politischen Tendenzen die uns unterstellt werden, weise ich namens der Regierung mit aller Energie zurück. Dieses Auftreten des von uns hochverehrten Abg. Heine steht in scharfem Widerspruch zu seinen Worten, vom praktischen Zusammenarbeiten und der Zurückstellung aller Unterschiede im Interesse des gemeinsamen Willens gegen die Not des Vaterlandes. Sie (noske) würden nicht einen einzigen sozialdemokratischen Oberpräsidenten dulden, da Sie nicht einmal einen sozialdemokratischen Nachwächter bestritten haben. Wir werden jede Mitarbeit gerne anerkennen, doch darf uns die politische Ehre nicht angegriffen werden, und das ist geschehen.

Reichsminister Dr. David: Der Abg. Heine hat mit meiner Rede beschäftigt, die ich in Weimar über das Thema Monarchie oder Republik gehalten habe. Die Veröffentlichung von Dokumenten aus den Tagen des Ministeriums an Serbien hat einen Schrei des Entsetzens hervorgerufen darüber, mit welchem Maße von Unfähigkeit in Weimar regiert worden ist. Wir sind noch nicht am Ende dieser Veröffentlichungen. Sie werden zeigen, daß die Monarchie ein System ist, in dem Männer zur Regierung kommen, deren Unfähigkeit bis an die Grenze des Pathologischen geht. Deshalb sollten Sie nicht so unvorsichtig sein, auf das monarchische System und auf einen Monarchen zu warten.

Damit schließt die Aussprache. Nach persönlichen Bemerkungen folgt die zweite Beratung des Etats des Pensionsfonds, die ohne Aussprache erledigt wird.

Nächste Sitzung Samstag 1 Uhr.

Die neue Prämienanleihe.

Ueber die neue Prämienanleihe, die, nachdem der jetzige Ausfluß der Nationalversammlung seine Zustimmung erteilt hat, voraussichtlich Anfang November ausgegeben werden soll, erfahren wir von zuständiger Stelle: Die Anleihe kommt mit fünf Milliarden Mark, und zwar in Millionen Stücke zu je 1000 Mark, zur Ausgabe. Laufzeit beträgt 80 Jahre. Während der ersten 40 Jahre werden drei Milliarden, während der letzten 40 Jahre beiden andern Milliarden zurückgezahlt. Für je 1000 Mark Zeichnungssumme sind 500 Mark Kriessanleihe und 500 Mark in bar zu entrichten, wobei die Kriessanleihe je Nennwert berechnet wird. Die Zuteilung erfolgt nach Höhe der Zeichnungen, doch wird die Reichsfinanzverwaltung im Interesse der kleinen Zeichner diese mit ein bis zu 1000 Mark befriedigen, ehe die Weiterverteilung erfolgt. Jedem jährlich finden Gewinnverlosungen statt, wobei, je nach 2500 Gewinne im Betrage von 25 Millionen Mark ausgeschüttet werden, darunter fünf Gewinne zu je ein Million, fünf zu 500 000 Mark, fünf zu 300 000 Mark, zu 200 000 Mark usw. Die Gewinne werden mit einem Abzug von 10 v. H. ausbezahlt. Alljährlich findet weiterhin eine Tilgungsanleihe statt, wobei für je 1000 Mark Zeichnung für jedes seit Beginn der Anleihe abgelaufene Jahr 50 Mark besonders gezahlt werden, oder aber noch ein Schlag, genannt Bonus, zu der Tilgungssumme hinzukommt, der in den ersten 30 Jahren 100 Mark, in den letzten 19 Jahren 200 Mark und in den letzten 40 Jahren 400 Mark beträgt. Jedes zweite zur Tilgung gelangende Stück ist mit einem solchen Bonus ausgestattet. Jeder Besitzer von Stücken hat außerdem die Möglichkeit, nach 20 Jahren der Staat seinen Besitz zu kündigen. Er erhält dann den Betrag einschließlich der aufgelaufenen Zusage mit einem Abzug von 10 v. H. zurück. Mit der Anleihe sind besondere persönliche Vorzügen verbunden, die sich besonders auf die Nachlass- und die Erbschaftsteuer beziehen.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 10. Oktober.

In der Beratung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, daß solche Lehrerinnen, die bis Ostern an einem Gymnasium zwei Prüfungen bestanden haben, von der Ablegung einer besonderen Prüfung zur Anstellung als Volksschullehrerinnen befreit sein sollen.

Die zweite Haushaltsberatung wird bei der Eisenbahnverstaatlichung fortgesetzt.

Marianne.

Novelle von Fritz Ganser.

Nachdruck verboten

Marianne blieb stehen und schüttelte resigniert den Kopf.

„Das ist ganz unmöglich. Ich bin gefesselt und kann nie wieder los. Fragen Sie mich nicht nach dem Warum! Seien Sie nur versichert, daß mein Schicksal in seiner Unabänderlichkeit der Härte der Granitsteine gleicht, aus denen diese Mauer aufgeführt ist! Meine Sehnsucht nach dem goldigen, sonnigen Lande pulsierenden Lebens ist eingekerkert, wie es jene knoppenden Günslinge des Frühlings sind, die das verwitterte Gestein der Mauer umgibt. Aber sie können trotzdem sich recken und strecken und ihre Blüten entfalten. Und das ist mir verweigert; denn die beengenden Wände, die mich einschließen, lassen keinen Sonnenstrahl zu.“

Hans Roerber lehnte sich gegen die Mauer und sah Marianne fest an.

„Lassen Sie mich in dem von Ihnen gewählten Bilde weiterreden: So gewiß, wie diese Mauer irgendwo eine Oeffnung hat, gibt es auch für Sie eine Tür, durch welche Sie in das von Ihnen ersehnte Land hineinschreiten können. Sie müssen nur darnach suchen, Fräulein Marianne!“

„O, wenn Sie es wüßten, wie ich gesucht habe!“ sagte Marianne traurig.

„Darf ich Ihnen bei einem neuen Suchen helfen?“ fragte Hans Roerber leise.

„Sie würden auch nicht finden.“

„Wenn man nur will, Fräulein Marianne, wenn man nur will! Na, und schließlich gibt's ja noch etwas anderes. . . . Wenn ich in jene Kirche gelangen möchte und nirgends eine Tür in der Mauer fände, so würde ich fraglos nicht entmutigt von meinem Vorhaben absteigen. Nein, nun erst recht nicht! Nun gerade nicht! Jetzt geht's mit einem tüchtigen Schwung über die Mauer weg. Sehen Sie mal, so!“

Er legte beide Hände auf die grauen Granitsteine, sah sich lächelnd nach Marianne um und sprang mit Elan über die Mauer.

Nun stand er drüben.

„Diesen Sprung müssen Sie lernen, der kann Sie

aus aller Misere retten. Man darf nicht kleinmütig und resigniert zum Bastard der Verhältnisse herabsinken, sondern man muß die Verhältnisse besiegen, knebeln, vernichten mit dem tüchtigen Faustschlag: Ich will; denn ich bin euer Herr! Das wollte ich Ihnen mit meinem Sprunge über die Mauer sagen. — Und nun auf Wiedersehen, Fräulein Marianne! Ich habe mein Kommen für diese Stunde bei Pastor Jakobsen angemeldet; er wird mich erwarten. Wir wollen noch heute über die Restaurierung der alten Wandgemälde in der Gertraudtenkirche konferieren. Morgen kommt Geheimrat Uhde, um eine endgültige Entscheidung zu treffen, und übermorgen beginne ich mit meiner Arbeit. Ich werde mich freuen, wenn Sie mich dann recht oft besuchen, es plaudert sich in dämmerigen alten Kirchen so nett. Ja, kommen Sie?“

Marianne nickte.

„Wenn ich nicht störe, sehr gern. Ich freue mich darauf, einmal die Kirche betreten zu können, ohne dazu gezwungen zu werden.“

„Also das tut man auch?“ Er lachte höhnisch und fuhr mit beiführender Ironie fort: „Es ist ja wahnsinnig verrückt, einen Menschen zum Kirchengehen zu zwingen. Genau so verrückt, als wenn man einen Botschaftenführer zum Papst machen wollte. Na, ich sehe schon, es ist durchaus nötig, daß Sie den tüchtigen Sprung recht bald lernen.“

Er beugte sich vor und sah ihr in die Augen. Seine Stimme war nur ein Flüstern, als er fortfuhr: „Wollen Sie? . . . Es ist nicht schwer. Darf ich Ihr Bekehrmeister sein?“

Sie entgegnete nichts und richtete ihren Blick mit einem fragenden, ungewissen Ausdruck auf sein lachendes Gesicht.

Aber als er ihr dann die Hand zum Abschied über die Mauer reichte und sie ihre Rechte lose hineinlegte, lief eine glühende Rote von ihren Schläfen bis zum Hals.

Sie wandte sich kurz ab und ging so schnell davon, daß er seine Frage, ob das Haus neben den alten Linden das Pfarrhaus sei, nicht mehr an sie richten konnte.

Ehe sie in die stille Straße einbog, in der Leberecht Jensens Haus lag, sah sie noch einmal nach der Stelle zurück, wo sie von Hans Roerber Abschied genommen hatte.

Er stand noch immer, hatte die Hände auf die Mauer gestützt und sah ihr nach.

Sie wollte es nicht, nein sie wollte es wirklich nicht und ihm noch einmal zunichte. —

Und doch tat sie es. — — —

5. Kapitel.

Die Restaurierung der alten Wandgemälde in der Gertraudten Kirche längst vergangener Zeit war ein lang gehegter Wunsch Pastor Jakobsens gewesen. Aber wegen ungenügend vorhandener Mittel zur Bestreitung der geringen Kosten hatte die Sache immer wieder ein Jambinausgeschoben werden müssen. Endlich war es Jakobson gelungen, maßgebende Kreise für seinen Lieblingsgedanken zu interessieren. Die Kirchenbehörde hatte seine Bemühungen unterstützt und eine namhafte Beihilfe in Aussicht gestellt. Schließlich hatte es sich nur noch darum gehandelt, die Arbeit in bewährte Hände legen zu können. Das war nun auch erledigt. Geheimrat Uhde in Berlin, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Freskomalerei, war gebeten worden, eine tüchtige Kraft in Vorladung zu bringen. Uhdes Wahl war ohne Besinnen auf seine talentvollen Schüler und jungen Freunde Hans Roerber gefallen.

Und nun malte der junge Künstler schon fast drei Tage in St. Gertraudens stillen, dämmerigen Raum.

Trotz der ihn fesselnden Arbeit, trotz des glühenden Eifers, der ihn besetzte, galt ein gut Teil seiner Gedanken dem Verprechen Mariannens. Er wartete mit einer tüchtigen heißen Sehnsucht auf ihr Kommen. Täglich lang vergeblich und mit immer schwächer werdender Hoffnung.

Gereute es sie, daß sie ihm ihr Wort gegeben? Mußte sie gar wieder eine Vergewaltigung ihrer persönlichen Freiheit über sich ergehen lassen?

Beides nicht. —

Ihr Verprechen hätte sie wohlweislich als ihr eigenes Geheimnis. Und ihr Verlangen, zu Hans Roerber zu gehen, war kaum geringer als die Sehnsucht, dessen, der sie erwartete. Aber in ungewissem Schwanken, ob sie gehen sollte, verrann ein Tag nach dem anderen. Am fünften endlich trieb sie der mahnende Gedanke, daß sie verpflichtet sei, ihr Verprechen einzulösen, die Mauer des Kirchplatzes. Dort, wo sie von Hans Roerber Abschied genommen hatte, blieb sie unschlüssig und absehlend stehen.

(Fortsetzung folgt)

Dr. Seelmann (Deutschnat. Sp.): Unser Eisenbahnwesen ist bei den jetzigen Verhältnissen viel zu teuer. Es muß die Zahl der Arbeitsgelegenheiten vermindert werden, oder es müssen neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Preußen bringt dem Reich mit der Eisenbahn ein sehr großes Opfer und verdient volle Entschädigung. Ueberdies müssen wir volle Zusicherungen bekommen, daß Preußen bei dem Ausbau von Bahnen durch das Reich ausgiebig beteiligt wird. Mit seinen Gründen für die Unterbrechung des Schnellverkehrs nach dem Osten hat der Reichstag mich nicht überzeugt.

Leiser: Ich kenne es sehr, daß wir gezwungen sind, in die Verhältnisse des Ostens stark einzugreifen, in die Rückführung der Kriegsgefangenen, die Leistungen für den Verband, die Heimkehrförderung der ausgetretenen Gebiete und die Notwendigkeit der Lebensmittelförderung verlangen es dringlich. Wir werden sehen, ob wir durch Anhängen von Schlafwagen an Personenzüge und vielleicht durch Einführung des anderen Schnellzuges tunlichst bald Erleichterungen schaffen können. Eine Genur über die Bahnpostbuchungen besteht nicht. Die eisenbahnrechtlichen Eisenbahnen werden wohl selbst von uns übernommen. Die Stadtbahn wird demnächst elektrifiziert werden. In absehbarer Zeit ein vollständiges Programm der Elektrifizierung der gesamten Reichseisenbahnen vorlegen zu können. Viele Arbeiterführer halten den jetzigen Umständen die Rückkehr zum Prämienlohn für unerlässlich.

Fries (Soz.): Die Uebertragung unserer Bahnen an das Reich ist der erste Schritt zum Einheitsstaat. Das Reich trägt unabweisbar große Schuld an dem Zustand unserer Eisenbahnen. Den Verhältnissen der Verwaltung viel größerer Entgegenkommen bei der Wiedereinführung der Arbeitsarbeit können aber nicht in der Art des alten Systems. Bei der Wahrung der Bedingungen muß die Verwaltung von vorn mit offenen Karten spielen.

Meerwald (Zentr.): Die Ordnung bei den Eisenbahnen wird wiederkehren, wenn die Gehaltsreform recht kommt. Die Neuordnung der Lohnverhältnisse muß in Befolgung des Gesetzes geregelt werden. In der neuen Ordnung muß vor allem das Anfangsgehalt gegeben werden. Redner trägt spezielle Wünsche der verschiedenen Beamtenklassen bei der Bahn vor. Die Besoldung in gleicher Weise die Eisenbahnbediensteten wie die Bediensteten bei der Anstellung berücksichtigen. Alle im streifen teilgenommen haben, müssen aus dem Betrieb verschwinden. Eine vernünftige Sozialreform und ein gemäßigtes Mitspracherecht kann uns helfen. Das Mitspracherecht der Bediensteten nicht nur in der Verwaltung ihrer eigenen Interessen, sondern auch im Eisenbahnwesen selbst kann Ordnung und erhöhte Leistungsfähigkeit bringen. Ordnung, Disziplin und Arbeit sind die Dinge, die in Zukunft dringend bedürfen.

Emmer (Dem.): Man kann unmöglich dem jetzigen Eisenbahnminister die Schuld an den traurigen Eisenbahnverhältnissen beimessen. Die Eisenbahnverhältnisse haben die doppelte Belastung gegen 1914. Bei der Verwaltung mußte die Verwaltung vorweg viele Arbeiter einstellen, die beschäftigt und vor Arbeitslosigkeit geschützt werden sollten, und diese Vermehrung stand nicht mehr im Verhältnis zu den Leistungen. Andererseits kann nicht abgelehnt werden, daß die Verarmungen und die Verarmung in den Verhältnissen auf den Betrieb drücken. Aber hier ist schon Besserung eingetreten. Vor dem Krieg war die Eisenbahnlohn sehr schlecht. Wir Eisenbahner haben in den Krieg gezogen und mußten uns im Kampf durchkämpfen. Wir haben es getan und jetzt, es wieder zu tun, um unsere Eisenbahnen wiederzubringen.

Ministerdirektor Seeje: Die Verhandlungen bezüglich des Abchlusses der Tarifverträge sind seitens der Eisenbahnverwaltung schon vor einer Reihe von Wochen eingeleitet. In der Verwaltung hat die Verzögerung nicht gegeben. Bezüglich der Entlohnung der Kriegsbeschädigten ist bekannt, daß, wer wirklich nicht arbeitsfähig ist, nicht den vollen Lohn erhalten kann. Würde man die Kontrolle bei der Lohnzahlung absolut unberücksichtigt lassen, so wäre gewissermaßen eine Prämie auf den Krieg gelegt. Der Unfallrentner bekommt den vollen Lohn. Eine Gewährung von Nachdienstzulagen hatte eine von mehreren hundert Millionen Mark zur Folge. Im Oktober d. J. an sollen die Personalakten offen sein, um der Maßgabe, daß neue Personalakten aufgelegt werden können.

Schmiljan (Dem.) gibt die Erklärung ab, daß der Minister hinsichtlich des Streikrechts der Eisenbahnen und Arbeiter nur seine persönliche Ansicht geäußert hat. (Lebhaftes Gähnen, Lachen!) Bei den Verhandlungen wird die Fortsetzung auf Dienstag 12 Uhr stattfinden.

Deutschland.

Franken als Vortragende Räte. Der Hausverrat der Nationalversammlung hat bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums einen Antrag der demokratischen Abgeordneten angenommen, daß auch als Vortragende Räte berufen werden können.

Wiederholte Versuche der Anwesenheit im Auswärtigen Amt. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Berlin: Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt wird demnächst v. Bismarck ernannt werden. Zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wird der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, der bisher in der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes lange Jahre Vortragender Rat, nun dann zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ernannt werden. Er war bei der deutschen Botschaft in Wien, zuletzt war er Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

Der Breslauer Kommunistenführer Girsch wird aus der Gefängnis entlassen, nachdem er das Gefängnis durchstößt und sich am Bettladen herabgelassen hat. Girsch scheint in einem bereitstehenden Auto entkommen zu sein.

Frankreich.

Neuwahlen. Der Ministerrat beschloß, der Kammer einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den die gesetzliche Wahl der Kammer am 7. Dezember zu Ende geht. Die Neuwahlen sollen stattfinden für die Kammer am 16. November, für die Municipalräte am 23. und 30. November, für die Bürgermeister und Senatordeputierten am 7. Dezember, für die General- und Arrondissementräte am 14. und 21. Dezember und für den Senat endlich am 11. Januar 1920. Die Wahl des Präsidenten der Republik wird nicht am 17. Januar, sondern erst am 2. Februar stattfinden.

Clémenceau amtsmüde. Der Ratin berichtet: Der Ministerpräsident hat einigen Abgeordneten, die wegen Wahlangelegenheiten bei ihm erschienen waren, erklärt, er habe gehört, man wolle ihn am Dienstag, wenn das Gesetz über die Neuwahlen zur Beratung kommen werde, stark angreifen. Er bleibe dabei, daß die Kammerwahlen vor allen anderen vorgenommen werden müßten, und werde deshalb auch die Vertrauensfrage stellen. Sofort, nachdem die Wahlen vollzogen seien, werde er zurücktreten. Er werde vor den Wahlen keine Debatte über die Politik der Regierung annehmen, denn die zukünftige Politik zu bestimmen sei weder seine Sache noch Sache seiner Ministerkollegen, die notwendigerweise mit ihrem Chef zurücktreten würden.

Spannung zwischen Luxemburg und Belgien.

Der Beschluß des luxemburgischen Volkes, seinen wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich zu suchen, hat in Belgien arg verunsichert. Die Independance Belge greift in einem Artikel die luxemburgische Regierung scharf an und behauptet, sie habe ein doppeltes Spiel mit Belgien getrieben. Man dürfe deshalb über diese Handlungsweise nicht einfach hinweggehen. Das Blatt sagt, der französische General de la Tour habe im Augenblick der revolutionären Bewegung das Schloß der Großherzogin Adelsheid von Truppen umzingeln lassen, um die Großherzogin und ihre Minister zu retten. Er habe also dadurch eine Prinzessin auf dem Thron erhalten, deren deutschfranzösische Gefühle bekannt gewesen und deren Handlungsweise den Verbandsmächten feindlich gewesen sei. Auch dieses Blatt behauptet, die luxemburgischen militärischen Autoritäten hätten der Familie Nassau gestattet, ihr Vermögen von Wiesbaden nach Luxemburg zu schaffen. Die französische Zeitung Engländer meldet aus Luxemburg, daß am Schluß der letzten Kammerung bekannt geworden sei, daß Belgien nicht nur seinen Geschäftsträger abberufen habe, sondern auch in Luxemburg mitgeteilt habe, daß alle ehemals von Belgien gemachten wirtschaftlichen Anerbietungen als nicht geschehen zu betrachten seien.

Karl v. Besselt

Verloren ist ein Stern im großen Nichts. — Wer folgt den Bahnen noch, die er beschrieb? Wer merkt die Lücke, die zurückgeblieben? Wem fehlt der Schimmer seines milden Lichts? Vergessen wird er sein nach kurzer Zeit, Und andre hark're Sterne werden blinken, Bis einst auch sie verlöschen und verfluchen, Verschlungen werden von der Dunkelheit. Das ist das Los, das Dir bechieden ist Wie uns, die gleichen Wege mit Dir gingen! Ein Funken Licht vom Himmel herabbringen, Das man genießt und wieder bald vergißt. Und dennoch war es Licht, war Sternenglanz, Was Du für kurze Zeit der Welt gegeben, Und deshalb war vergeblich nicht Dein Leben Im schönen Garten unsres Heimatlands. Denn untergänglich ist der Himmelschein, Der je in Menschenherzen ward gegossen. Schlaf, lieber Freund, Du hast das Glück genossen, Ein Lebender, ein Bringender zu sein! Hans Adm. Vinkenbach, Mainz.

Aus Provinz und Nachbargebieten

1: Aus dem Westerwald, 10. Okt. Der Schleichhandel mit Karosserien hat einen solchen Umfang angenommen, daß alle Maßnahmen der Bürgermeistereien und Landratsämter sich als wirkungslos erweisen. Nunmehr hat das Landratsamt Reichelsheim zur Ueberwachung der Dorf- und Eisenbahnlinien angeordnet.

2: Coblenz, 11. Okt. Die Stadtverordneten beschloßen, die Einkommen bis 1200 Mark ganz freizulassen und bei den Einkommen von 1200 bis 1500 Mark nur 50 Prozent des Steuerfusses einzuziehen. Für den Bau von Kleinwohnungen wurden rund 500 000 Mark bewilligt.

3: Frankfurt a. M., 10. Okt. Zur Unterbindung des Schleichhandels ist hier von der preussischen Regierung eine Zweigverwaltung der Reichseinkaufsstellen eingerichtet, die durch eigene Beamte und solche des Landesspolizeiamtes fortan die schärfste Aufsicht über die einzuführenden Waren ausübt. Alle Lebensmittel, die noch der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, aus dem besetzten Gebiet eingeführt und im freien Handel zum Verkauf ausgesetzt werden, verfallen rücksichtslos der Beschlagnahme. Infolgedessen müssen auch aus den Schaufenstern der Geschäfte die Schinken, Würste und Schmalzlädel in kurzer Zeit verschwunden sein, wenn sie nicht beschlagnahmt werden sollen. Den Geschäftleuten wird noch eine gewisse Zeit zum Abbau der für Schleichhandel erworbenen Ware gewährt. Alle Waren, die der Beschlagnahme verfallen, werden der Reichseinkaufsstelle zugeführt, die sie zur Weiterverteilung an die Konsumenten im unbefestigten Deutschland weiterleitet. Die Reichseinkaufsstelle hat 23 Waggons Geflügel, die unter Polizeischutz am Hauptbahnhof landen und der Reichseinkaufsstelle gehören, beschlagnahmt. Durch Ministerialbefehl ist die alsbaldige Zahlung der von der Landesversammlung bewilligten einmaligen Beschäftigungsbeihilfe an Lohnempfangende Eisenbahnarbeiter angeordnet. Die Beihilfe wird an sämtliche, während der Beschäftigung männliche und weibliche Arbeiter bezahlt, die am 8. September d. J. sechs Monate ununterbrochen im Eisenbahndienst tätig waren. Alle nach dem 3. März d. J. angestellten Arbeiter sind von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Ueber diesen Erlass herrscht unter den Eisenbahnern hochgradige Erregung.

4: Frankfurt a. M., 11. Okt. Auf dem Wege nach Gießen wurde ein Soldat, der ein Gespann führte, von zwei Männern überfallen, die ihm die Pferde auszuspannen versuchten. Als die Männer mit Messern auf den Soldaten eindrangen, machte dieser von seiner Waffe Gebrauch. Dem einen Räuber brachte er einen derben Bajonettschlag bei, dem andern einen Schuß in den Oberschenkel. Die Verwundeten wurden von Straßenpassanten fortgeschafft. Der Soldat konnte seine Reife unbehelligt fortsetzen.

5: Neu-Isenburg, 9. Okt. Die Ruhrpandemie gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Mehr als 200 Kranke mußten bereits auswärtigen Krankenhäusern zugeführt werden. In der Stadt selbst muß schon ein Lazarett zur Unterbringung von Personen, die weniger schlimm erkrankt sind, errichtet werden. Gegen die Weiterverbreitung der Seuche sind neuerdings die schärfsten Maßnahmen ergriffen worden.

Neu-Isenburg, 11. Okt. Die Ruhrpandemie scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Seit Sonntag wurden nur noch wenige Personen in auswärtige Krankenhäuser überwiesen, so daß man von der Errichtung einer Krankenbaracke in der Stadt Abstand nehmen konnte.

Aus dem Unterlahnkreis.

1: Schulnachrichten. Schulanfänger Willi Müller von Griesheim übernimmt auftragweise die 2. Lehrstelle in Dausenau, Schulanfänger Hans Wirbelauer von Cronberg vom 15. Oktober ab in gleicherweise die Lehrstelle in Zimmerbach.

2: Niederneffen, 13. Okt. Silberne Hochzeit feiern morgen Dienstag, die Eheleute W. A. Meyer, hier.

Aus Diez und Umgegend.

1: Der Verein für nassauische Altertumskunde hielt eine Versammlung ab, in der Herr Hermann Heß einen hochinteressanten Vortrag über: „Die ersten menschlichen Ansiedlungen im Nassauer Land“ hielt. Wir kommen darauf noch ausführlich zurück.

Aus Bad Ems und Umgegend.

1: Der M. G. B. Eintracht ist am Sonntag sein 10. Stiftungsfest im „Rheinischen Hof“ ab. Es hatten sich dazu viele Mitglieder und Gäste eingefunden, daß kaum noch ein Stuhl gestellt werden konnte und daß beim Tanz die Paare sich in langer Schlange anstellen mußten. Lehrer Heidenreich zeigte mit seiner Sängerschar, daß der Verein schnell wieder auf eine respektable Höhe in der Sangeskunst gekommen ist. Alle fünf Chöre und die Jugabende fanden mit Recht lebhaften Beifall. In einer Ansprache gedachte Lehrer Heidenreich der Mitglieder Dreher, Hans Ebner, Janner, Niedenführ und Willi Schmidt, die der Verein in den fünf Jahren seit seinem letzten Stiftungsfest durch den Tod verloren hat. Die Festteilnehmer ehrten das Andenken der Toten durch Erheben von den Sigen. Weiter forderte der Redner auf, das deutsche Lied, das sich von je her als ein festes Band um das ganze deutsche Volk erwiesen hat, weiter zu pflegen, wo immer es auch sei. Für 25jährige treue Mitgliedschaft wurden die Sangesbrüder Eisfeller und Schwenzer mit einer Denkmünze ausgezeichnet. In aller Freude gedachte der Verein der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen; eine Sammlung ergab 152 Mark. In bester Laune hielten die Festteilnehmer bis früh 3 Uhr zusammen. Manche Paare hatten auch, da noch nicht genug getanzt und walzten im hellen Mondschein heim.

2: Die Sammlung für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wurde am Samstag mit einem Konzert im Kurpark eingeleitet, daß einen leidlichen Besuch aufzuweisen hatte. Die Emscher Stadtkapelle hatte sich dazu bereitwillig zur Verfügung gestellt und entlebte sich ihres Programms so, daß sie lebhaften Beifall fand. Am Sonntag wurde die eigentliche Sammlung durchgeführt, bei der hoffentlich die Tischen sich recht weit aufgemacht haben. Am Abend wurde bei den Vereinsfeierlichkeiten gleichfalls gesammelt.

3: Der Verein selbständiger Schuhmachermeister von Bad Ems und Umgegend legte bei seiner letzten Zusammenkunft die durch das Steigen der Lederpreise bedingten Erhöhungen für Reparatur und Neuarbeiten fest. Ferner wurde eine Einkaufsgenossenschaft gegründet, die sich der Koblentzer Genossenschaft anschließen wird. Bei noch etwas größerer Beteiligung wird eine Verkaufsstelle in Ems errichtet. Näheres ist bei dem Vorsitzenden L. Maurer in Ems zu erfahren, welcher gerne bereit ist, Auskunft zu erteilen. Die Koblentzer Genossenschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Mitgliedschaft kann erworben werden durch Einzahlung eines Anteils von 300 Mark und 10 Mark Eintrittsgeld, wobei Ratenzahlung gestattet ist.

4: Achtung Turner! Heute Abend in der Halle Alles zur Stelle.

Wahlkampf.

In dieser Rubrik will die Emscher Zeitung jede Partei zu Worte kommen lassen, ohne sich etwa mit dem Inhalte der Einsendungen zu identifizieren. Bedingung ist, daß die Einsendungen nicht gegen das Pressegesetz verstoßen.

Anfrage an die freie bürgerliche Vereinigung von Bad Ems für die Stadtverordnetenwahl.

1. Ist den Unterzeichneten des Aufrufs bekannt, daß seitens der preuss. Landesversammlung ganz bedeutende Erweiterungen der Selbstverwaltung der einzelnen Provinzen beschlossen wurden, und damit auch die Selbstverwaltung der Kreise und Gemeinden sich automatisch erweitert?

2. Glaubt die sogenannte freie bürgerl. Vereinigung, daß die für den größten Teil der Gemeindeglieder so wichtigen, in kurzer Zeit akut werdenden Fragen wie Steuer-, Boden-, Schulreform usw. den Bedürfnissen der Bürgerchaft entsprechend, von einem parteilosen Gremium im Kreis-, Bezirks- und Provinzialparlament, ohne Unterstützung seitens einer politischen Partei, wirksam vertreten werden können?

3. Glaubt die sogenannte freie bürgerl. Vereinigung, daß sie ihre Wählerinnen und Wähler aus den Reihen des Zentrums, der Sozialdemokratie, oder gar aus den Kreisen der deutschen Volkspartei entnehmen können?

4. Glaubt sie, daß diese Parteien in Sozial- und Kulturfragen die Parteipolitik wegen der sogen. freien bürgerl. Vereinigung an den Nagel hängen?

5. Wo sind die Städte, die durch eine sogenannte parteilose Stadtverwaltung nach der politischen Neuorientierung (wie behauptet) segensreich verwaltet werden?

6. Will die sogen. freie bürgerl. Vereinigung unserer Bürgerchaft vielleicht einreden, daß die in einigen Städten getroffenen Wahlkompromisse auch bindend für die praktische Betätigung der einzelnen Parteien auf dem Rathaus seien?

7. Wodurch ist die Behauptung begründet, daß Deutschlands Niedergang durch die politische Betätigung seiner Bewohner verschuldet sei?

8. Selbst der politisch Unreife weiß übrigens, daß bei dem bisherigen 3-Klassen-Wahlsystem eine politische Betätigung der Parteien in der Gemeindeverwaltung in Ems wie fast überall in Preußen unmöglich war — und wie erklärt sich trotzdem der vielbesammerte wirtschaftl. Niedergang unserer Stadt?

9. In ihrem Aufruf in Nr. 233 wird jede politische Tätigkeit der Bürger verdammt, während in der Widerlegung auf politisches Stadtparlament in Nr. 234 behauptet wird, daß zum Erringen von wirtschaftl. Vorteilen politische Macht gehört (um diese zu erringen, dazu gehört doch politische Tätigkeit) und als Beweis die Erfolge der konservativen und sozialdemokratischen Partei angeführt werden.

Wie erklärt sich dieser grundtätliche Widerspruch? Mehrere Bürger.

Die telefonischen Nachrichten sind heute ausgeblieben.

Dr. Seelmann (Deutschnat. Sp.): Unser Eisenbahnwesen ist bei den jetzigen Verhältnissen viel zu teuer. Es muß die Zahl der Arbeitsgelegenheiten vermindert werden, oder es müssen neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Preußen bringt dem Reich mit der Eisenbahn ein sehr großes Opfer und verdient volle Entschädigung. Ueberdies müssen wir volle Zusicherungen bekommen, daß Preußen bei dem Ausbau von Bahnen durch das Reich ausgiebig beteiligt wird. Mit seinen Gründen für die Unterbrechung des Schnellverkehrs nach dem Osten hat der Reichstag mich nicht überzeugt.

Leiser: Ich kenne es sehr, daß wir gezwungen sind, in die Verhältnisse des Ostens stark einzugreifen, in die Rückführung der Kriegsgefangenen, die Leistungen für den Verband, die Heimkehrförderung der ausgetretenen Gebiete und die Notwendigkeit der Lebensmittelförderung verlangen es dringlich. Wir werden sehen, ob wir durch Anhängen von Schlafwagen an Personenzüge und vielleicht durch Einführung des anderen Schnellzuges tunlichst bald Erleichterungen schaffen können. Eine Genur über die Bahnpostbuchungen besteht nicht. Die eisenbahnrechtlichen Eisenbahnen werden wohl selbst von uns übernommen. Die Stadtbahn wird demnächst elektrifiziert werden. In absehbarer Zeit ein vollständiges Programm der Elektrifizierung der gesamten Reichseisenbahnen vorlegen zu können. Viele Arbeiterführer halten den jetzigen Umständen die Rückkehr zum Prämienlohn für unerlässlich.

Fries (Soz.): Die Uebertragung unserer Bahnen an das Reich ist der erste Schritt zum Einheitsstaat. Das Reich trägt unabweisbar große Schuld an dem Zustand unserer Eisenbahnen. Den Verhältnissen der Verwaltung viel größerer Entgegenkommen bei der Wiedereinführung der Arbeitsarbeit können aber nicht in der Art des alten Systems. Bei der Wahrung der Bedingungen muß die Verwaltung von vorn mit offenen Karten spielen.

Meerwald (Zentr.): Die Ordnung bei den Eisenbahnen wird wiederkehren, wenn die Gehaltsreform recht kommt. Die Neuordnung der Lohnverhältnisse muß in Befolgung des Gesetzes geregelt werden. In der neuen Ordnung muß vor allem das Anfangsgehalt gegeben werden. Redner trägt spezielle Wünsche der verschiedenen Beamtenklassen bei der Bahn vor. Die Besoldung in gleicher Weise die Eisenbahnbediensteten wie die Bediensteten bei der Anstellung berücksichtigen. Alle im streifen teilgenommen haben, müssen aus dem Betrieb verschwinden. Eine vernünftige Sozialreform und ein gemäßigtes Mitspracherecht kann uns helfen. Das Mitspracherecht der Bediensteten nicht nur in der Verwaltung ihrer eigenen Interessen, sondern auch im Eisenbahnwesen selbst kann Ordnung und erhöhte Leistungsfähigkeit bringen. Ordnung, Disziplin und Arbeit sind die Dinge, die in Zukunft dringend bedürfen.

Emmer (Dem.): Man kann unmöglich dem jetzigen Eisenbahnminister die Schuld an den traurigen Eisenbahnverhältnissen beimessen. Die Eisenbahnverhältnisse haben die doppelte Belastung gegen 1914. Bei der Verwaltung mußte die Verwaltung vorweg viele Arbeiter einstellen, die beschäftigt und vor Arbeitslosigkeit geschützt werden sollten, und diese Vermehrung stand nicht mehr im Verhältnis zu den Leistungen. Andererseits kann nicht abgelehnt werden, daß die Verarmungen und die Verarmung in den Verhältnissen auf den Betrieb drücken. Aber hier ist schon Besserung eingetreten. Vor dem Krieg war die Eisenbahnlohn sehr schlecht. Wir Eisenbahner haben in den Krieg gezogen und mußten uns im Kampf durchkämpfen. Wir haben es getan und jetzt, es wieder zu tun, um unsere Eisenbahnen wiederzubringen.

Ministerdirektor Seeje: Die Verhandlungen bezüglich des Abchlusses der Tarifverträge sind seitens der Eisenbahnverwaltung schon vor einer Reihe von Wochen eingeleitet. In der Verwaltung hat die Verzögerung nicht gegeben. Bezüglich der Entlohnung der Kriegsbeschädigten ist bekannt, daß, wer wirklich nicht arbeitsfähig ist, nicht den vollen Lohn erhalten kann. Würde man die Kontrolle bei der Lohnzahlung absolut unberücksichtigt lassen, so wäre gewissermaßen eine Prämie auf den Krieg gelegt. Der Unfallrentner bekommt den vollen Lohn. Eine Gewährung von Nachdienstzulagen hatte eine von mehreren hundert Millionen Mark zur Folge. Im Oktober d. J. an sollen die Personalakten offen sein, um der Maßgabe, daß neue Personalakten aufgelegt werden können.

Schmiljan (Dem.) gibt die Erklärung ab, daß der Minister hinsichtlich des Streikrechts der Eisenbahnen und Arbeiter nur seine persönliche Ansicht geäußert hat. (Lebhaftes Gähnen, Lachen!) Bei den Verhandlungen wird die Fortsetzung auf Dienstag 12 Uhr stattfinden.

Deutschland.

Franken als Vortragende Räte. Der Hausverrat der Nationalversammlung hat bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums einen Antrag der demokratischen Abgeordneten angenommen, daß auch als Vortragende Räte berufen werden können.

Wiederholte Versuche der Anwesenheit im Auswärtigen Amt. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Berlin: Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt wird demnächst v. Bismarck ernannt werden. Zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wird der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, der bisher in der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes lange Jahre Vortragender Rat, nun dann zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ernannt werden. Er war bei der deutschen Botschaft in Wien, zuletzt war er Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

Der Breslauer Kommunistenführer Girsch wird aus der Gefängnis entlassen, nachdem er das Gefängnis durchstößt und sich am Bettladen herabgelassen hat. Girsch scheint in einem bereitstehenden Auto entkommen zu sein.

Frankreich.

Neuwahlen. Der Ministerrat beschloß, der Kammer einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den die gesetzliche Wahl der Kammer am 7. Dezember zu Ende geht. Die Neuwahlen sollen stattfinden für die Kammer am 16. November, für die Municipalräte am 23. und 30. November, für die Bürgermeister und Senatordeputierten am 7. Dezember, für die General- und Arrondissementräte am 14. und 21. Dezember und für den Senat endlich am 11. Januar 1920. Die Wahl des Präsidenten der Republik wird nicht am 17. Januar, sondern erst am 2. Februar stattfinden.

Clémenceau amtsmüde. Der Ratin berichtet: Der Ministerpräsident hat einigen Abgeordneten, die wegen Wahlangelegenheiten bei ihm erschienen waren, erklärt, er habe gehört, man wolle ihn am Dienstag, wenn das Gesetz über die Neuwahlen zur Beratung kommen werde, stark angreifen. Er bleibe dabei, daß die Kammerwahlen vor allen anderen vorgenommen werden müßten, und werde deshalb auch die Vertrauensfrage stellen. Sofort, nachdem die Wahlen vollzogen seien, werde er zurücktreten. Er werde vor den Wahlen keine Debatte über die Politik der Regierung annehmen, denn die zukünftige Politik zu bestimmen sei weder seine Sache noch Sache seiner Ministerkollegen, die notwendigerweise mit ihrem Chef zurücktreten würden.

Spannung zwischen Luxemburg und Belgien.

Der Beschluß des luxemburgischen Volkes, seinen wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich zu suchen, hat in Belgien arg verunsichert. Die Independance Belge greift in einem Artikel die luxemburgische Regierung scharf an und behauptet, sie habe ein doppeltes Spiel mit Belgien getrieben. Man dürfe deshalb über diese Handlungsweise nicht einfach hinweggehen. Das Blatt sagt, der französische General de la Tour habe im Augenblick der revolutionären Bewegung das Schloß der Großherzogin Adelsheid von Truppen umzingeln lassen, um die Großherzogin und ihre Minister zu retten. Er habe also dadurch eine Prinzessin auf dem Thron erhalten, deren deutschfranzösische Gefühle bekannt gewesen und deren Handlungsweise den Verbandsmächten feindlich gewesen sei. Auch dieses Blatt behauptet, die luxemburgischen militärischen Autoritäten hätten der Familie Nassau gestattet, ihr Vermögen von Wiesbaden nach Luxemburg zu schaffen. Die französische Zeitung Engländer meldet aus Luxemburg, daß am Schluß der letzten Kammerung bekannt geworden sei, daß Belgien nicht nur seinen Geschäftsträger abberufen habe, sondern auch in Luxemburg mitgeteilt habe, daß alle ehemals von Belgien gemachten wirtschaftlichen Anerbietungen als nicht geschehen zu betrachten seien.

Karl v. Besselt

Verloren ist ein Stern im großen Nichts. — Wer folgt den Bahnen noch, die er beschrieb? Wer merkt die Lücke, die zurückgeblieben? Wem fehlt der Schimmer seines milden Lichts? Vergessen wird er sein nach kurzer Zeit, Und andre hark're Sterne werden blinken, Bis einst auch sie verlöschen und verfluchen, Verschlungen werden von der Dunkelheit. Das ist das Los, das Dir bechieden ist Wie uns, die gleichen Wege mit Dir gingen! Ein Funken Licht vom Himmel herabbringen, Das man genießt und wieder bald vergißt. Und dennoch war es Licht, war Sternenglanz, Was Du für kurze Zeit der Welt gegeben, Und deshalb war vergeblich nicht Dein Leben Im schönen Garten unsres Heimatlands. Denn untergänglich ist der Himmelschein, Der je in Menschenherzen ward gegossen. Schlaf, lieber Freund, Du hast das Glück genossen, Ein Lebender, ein Bringender zu sein! Hans Adm. Vinkenbach, Mainz.

Aus Provinz und Nachbargebieten

1: Aus dem Westerwald, 10. Okt. Der Schleichhandel mit Karosserien hat einen solchen Umfang angenommen, daß alle Maßnahmen der Bürgermeistereien und Landratsämter sich als wirkungslos erweisen. Nunmehr hat das Landratsamt Reichelsheim zur Ueberwachung der Dorf- und Eisenbahnlinien angeordnet.

2: Coblenz, 11. Okt. Die Stadtverordneten beschloßen, die Einkommen bis 1200 Mark ganz freizulassen und bei den Einkommen von 1200 bis 1500 Mark nur 50 Prozent des Steuerfusses einzuziehen. Für den Bau von Kleinwohnungen wurden rund 500 000 Mark bewilligt.

3: Frankfurt a. M., 10. Okt. Zur Unterbindung des Schleichhandels ist hier von der preussischen Regierung eine Zweigverwaltung der Reichseinkaufsstellen eingerichtet, die durch eigene Beamte und solche des Landesspolizeiamtes fortan die schärfste Aufsicht über die einzuführenden Waren ausübt. Alle Lebensmittel, die noch der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, aus dem besetzten Gebiet eingeführt und im freien Handel zum Verkauf ausgesetzt werden, verfallen rücksichtslos der Beschlagnahme. Infolgedessen müssen auch aus den Schaufenstern der Geschäfte die Schinken, Würste und Schmalzlädel in kurzer Zeit verschwunden sein, wenn sie nicht beschlagnahmt werden sollen. Den Geschäftleuten wird noch eine gewisse Zeit zum Abbau der für Schleichhandel erworbenen Ware gewährt. Alle Waren, die der Beschlagnahme verfallen, werden der Reichseinkaufsstelle zugeführt, die sie zur Weiterverteilung an die Konsumenten im unbefestigten Deutschland weiterleitet. Die Reichseinkaufsstelle hat 23 Waggons Geflügel, die unter Polizeischutz am Hauptbahnhof landen und der Reichseinkaufsstelle gehören, beschlagnahmt. Durch Ministerialbefehl ist die alsbaldige Zahlung der von der Landesversammlung bewilligten einmaligen Beschäftigungsbeihilfe an Lohnempfangende Eisenbahnarbeiter angeordnet. Die Beihilfe wird an sämtliche, während der Beschäftigung männliche und weibliche Arbeiter bezahlt, die am 8. September d. J. sechs Monate ununterbrochen im Eisenbahndienst tätig waren. Alle nach dem 3. März d. J. angestellten Arbeiter sind von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Ueber diesen Erlass herrscht unter den Eisenbahnern hochgradige Erregung.

4: Frankfurt a. M., 11. Okt. Auf dem Wege nach Gießen wurde ein Soldat, der ein Gespann führte, von zwei Männern überfallen, die ihm die Pferde auszuspannen versuchten. Als die Männer mit Messern auf den Soldaten eindrangen, machte dieser von seiner Waffe Gebrauch. Dem einen Räuber brachte er einen derben Bajonettschlag bei, dem andern einen Schuß in den Oberschenkel. Die Verwundeten wurden von Straßenpassanten fortgeschafft. Der Soldat konnte seine Reife unbehelligt fortsetzen.

5: Neu-Isenburg, 9. Okt. Die Ruhrpandemie gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Mehr als 200 Kranke mußten bereits auswärtigen Krankenhäusern zugeführt werden. In der Stadt selbst muß schon ein Lazarett zur Unterbringung von Personen, die weniger schlimm erkrankt sind, errichtet werden. Gegen die Weiterverbreitung der Seuche sind neuerdings die schärfsten Maßnahmen ergriffen worden.

Obstbäume an Straßen und Wegen.

In ganz treffender Weise wird jetzt von vielen Behörden aufgeföhrt: „Pflanzt Obstbäume“ und das mit Recht, denn es könnte und müßte in dieser Beziehung hier noch vieles geschehen, denn der Verbrauch von Obst wird mit jedem Jahre durch die praktische Obstwertvermehrung größer. Vor allen Dingen müssen nun die Behörden mit gutem Beispiel voran gehen und diejenigen Parzellen nutzbar machen, die sich für andere Kulturen weniger eignen. Die angeregte Anpflanzung der breiten Feldwege wäre sehr zu empfehlen, namentlich wenn die Sache einheitlich gemacht würde, was durch einen entsprechenden Zuschuß von Seiten der Gemeinde unterstützt werden müßte. Sehr zu vertonen ist das Vorgehen der Landesbauinspektionen, ganze Straßenzüge mit sogenannten Bierbäume zu bepflanzen, z. B. die Straße nach Kiefern, wo doch die Bodenverhältnisse hier ganz vorzüglich und für jede Obstart geeignet sind. Hier hat man Lindenbäume angepflanzt, welche durch ihr starkes und sehr flachgehendes Wurzelsystem die Anlieger auf Schwerste schädigen, zumal die Bäume kaum 1/2 Meter von den Grundrücken entfernt sind. Als gutes Vorbild sollte uns hier die heftige Straßenbaubehörde dienen. Dort hat man an jeder geeigneten Straße Obstbäume angepflanzt und die Unterhaltungskosten der Straßen werden fast ausschließlich aus dem Ertrag der Obstbäume gedeckt. Ist der Obstbaum nicht auch ein schöner Bierbaum? Man muß hier das Schöne mit dem Nützlichen verbinden und der Antike wird solche Bäume auch eher dulden. Der Gemeindevogel auf der Niederau könnte ebenfalls anstatt mit roten Ähren über der Stadt mit Obstbäumen bepflanzt werden, und diese hätten außer einem Nutzen das landschaftliche Bild ebenso gut verschönert. Diese Angelegenheit müßte heute noch geändert werden. Die Ährenbäume stehen sich noch verpflanzen und Wänter in den Kuranlagen Verwendung finden. Wollen wir in Zukunft an dem Grundsatze festhalten: „Im kleinsten Raum pflanzen einen Baum und pflegen ihn, er bringt Dir's ein“ mit dem Zusatz, wenn dieser Raum dazu geeignet ist.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems. Bekanntmachung.

Nachfolgende, vom Oberbefehlshaber der X. Armee am 24. 9. 1919 erlassene Verordnung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis und Beachtung bekannt gemacht.

In Anbetracht dessen, daß es im Interesse der Bewohner und der rechtlichen Verhältnisse ist, daß das wandernde Volk streng überwacht wird, wenn auch ohne unnötige Plakereien, so doch bei persönlicher Freiheit mit allen hiermit in Uebereinstimmung zu bringenden Garantien, verordnet der Oberbefehlshaber der X. Armee:

§ 1. Die Gastwirte, Zimmervermieter, und alle Bewohner, die, wenn auch zufällig, eine oder mehrere Nächte Personen beherbergen, die nicht aus dieser Gemeinde sind, sollen sie veranlaßt oder nicht, haben dieselben auf einem Zettel zu vermerken unter Angabe von: Name und Adresse des Gastes, vollständiger Personenstand, gewöhnlicher Wohnort, Ankunfts- und Abreisetage, sowie Angabe des Ortes, woher er kommt und wohin er geht.

§ 2. Personenstand und Wohnort müssen amtlichen Beweisstücken entnommen sein, wie: Geburtschein, Personalausweis, Militärpaß, Geburts- oder Heiratsurkunde.

Auf dem Zettel muß vermerkt sein, welchem Beweisstück die Angaben entnommen wurden.

§ 3. Diese Vorschrift ist nicht anwendbar auf Militär- oder andere Personen, die im Besitz eines von der französischen Militärbehörde ausgestellten Quartierscheines sind.

§ 4. Die laut obiger Vorschrift ausgestellten Zettel sind jeden Vormittag vor 10 Uhr durch den Zimmervermieter nach seiner Wahl dem nächsten oder Haupt-Polizeibüro zu übergeben.

§ 5. Das Hauptpolizeibüro oder die Bürgermeisterei jeder Gemeinde hat ein Register zu führen, in dem täglich in alphabetischer Reihenfolge alle auf obigen Zetteln vermerkten Personen einzutragen sind.

Dieses Register ist auf Verlangen den Administratoren oder Militärpersonen oder Beamten, die zum Heere gehören und das Recht der Einsichtnahme haben, vorzulegen.

§ 6. Durch Zimmervermieter begonnene Juwelierhandlungen werden durch die niederen Militärpolizeigerichte bestraft.

§ 7. Durch die gleichen Gerichte werden die Personen, bestraft, die wesentlich falsche Angaben gemacht haben, sofern nicht Urkundenfälschung oder andere Vergehen vorliegen, die härtere Bestrafung nach sich ziehen.

A.-H.-O., den 24. September 1919.

Der Oberbefehlshaber der X. Armee.

arg. Mangin.

Bad Ems, den 8. Oktober 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die Aufnahme des Personenstandes zur Veranlagung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1920 findet am Mittwoch, den 15. Oktober 1919 statt.

Den Haushaltungsvorständen wird das für die Aufnahme erforderliche Formular von hier aus rechtzeitig zugehen. Es wird ersucht, dasselbe am 15. Oktober sorgfältig auszufüllen und bereitzubehalten, damit die Abholung, die vom 16. ds. Mts. ab erfolgt, ohne Aufenthalt erfolgen kann.

Im übrigen nehmen wir auf die auf dem Bordrude abgedruckte Bekanntmachung Bezug.

Bad Ems, den 10. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Dr. Schubert.

Stadtverordnetenwahlen.

Die Wahlen finden am Sonntag, den 26. Okt. 1. 30. statt.

Die Stadt bildet einen Wahlbezirk.

Für die Abgabe der Stimmen sind 2 Räume bestimmt.

Es haben ihre Stimmen abzugeben:

Im Rathhauseaal:

Die Wähler der nachbezeichneten Straßen und Plätze: Waldstraße, Walbergstraße, Brandacherstraße, Wintersbergstraße, Kapellenstraße, Wiesbach, Vongäcker, Bahnhofspfad, Alexanderstraße, Bahnhofstraße, Bahnhofsstraße, Willenpromenade, Schweizerhaus, Mainzerstraße, Lahnstraße, Grabenstraße, Unterlaken, Pahlgraben, Bismarckstraße, Eintrachtstraße, Distrikt Wüstfeld, Obere Walbergstraße, Wilhelmallee, Römerstraße, Rathhausestraße, Viktoria-Allee, Gartenstraße, Oranienweg, Meißstraße, Weidellweg, Ludwigsstraße, Remmenauerweg, Mühlstraße.

In der Volksschule des unteren Bezirks:

Die Wähler der nachbezeichneten Straßen und Plätze: Eoblenzerstraße, Arenbergerstraße, Distrikt Gräbheid, Jungfernhöhe, Distrikt Flur, Marktstraße, Arzbacherstraße, Distrikt Weihenstein, Eiser Hofhaus, Fronhof, Kirchstraße, Lindenstraße, Hohe Mauer, Diakonissenheim, Hoffnungsollen, Hohenberg, Hütte, Eisenbach, Kaserne, Pfingstwiese, Adolfschacht, Bachstraße, Wallgasse, Silberstraße, Silberau, Ernst Bornstraße, Lindendach, Friedrichstraße, Schulstraße, Schlachthofstraße.

Der für die Vorbereitung der Geschäfte gebildete Wahlvorstand besteht aus den Herren:

Bürgermeister Dr. Schubert als Vorsitzender.

Franz Schmitt jr. als Beisitzer.

Josef Dänchem als Beisitzer.

Lehrer Mallus, Ludwig Stahl als Stellvertreter für Dänchem.

Sanitätsrat Dr. Meuser, Oberbahnassistent Major als Stellvertreter für Schmitt.

Die Abstimmung dauert von vormittags 9 bis abends 8 Uhr.

Bad Ems, den 8. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Gelesen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises
Chatras, Major.

Stadtverordneten-Sitzung.

Donnerstag, den 16. Okt. 1919, nachm. 4 Uhr

A. Vorlagen des Magistrats:

1. Hauungs- und Kulturplan für 1920.
 2. Spende für die Kriegsbeschädigten.
 3. Erhöhung der Luftfahrteuer.
 4. Tarifabschluß mit den städtischen Arbeitern.
 5. Gleichstellung der städtischen Beamten mit den Staatsbeamten.
 6. Feuerungsage für die Ruhegehaltsempfänger pp.
- B. Mitteilungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebenst eingeladen.

Die Akten liegen am Montag, den 13. Oktober und Dienstag, den 14. Oktober bei dem Schriftführer Oberstadtssekretär Kaul zur Einsichtnahme offen.

Bad Ems, den 2. Oktober 1919.

Der Stadtverordnetenvorsitzer.

Franz Grunich.

Obstmärkte in Bad Ems.

Mit Genehmigung des Herrn Administrateurs werden hier am Mittwoch, den 15. Oktober und am Mittwoch, den 22. Oktober

neben der Wandelbahn Obstmärkte abgehalten. Die Anfuhr von Gemüse und Kartoffeln ist ebenfalls erwünscht. Bei ungünstiger Witterung kann die Aufstellung des Obstes usw. in der überdachten Wandelhalle erfolgen.

Bad Ems, den 9. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Girnbaukasten- und Rollholz- kauf.

Arkt, Sägewerk, Bad Ems.

Dauernd spiegelblank



Sehtmarke

erhalten Sie Parkett, Linoleum, alte Möbel etc. mit Dr. Genter's

Roberin

Sehr ausgiebig und lange haltbaren Glanz gebend, da reinste Oelwachsware.

Hersteller, auch bei beliebigen Oelwachs, Eckerpuder „Roberin“: Carl Genter, Kapuzengasse (Wandl).

Todesanzeige.

Heute vormittags 2 Uhr entschlief sanft nach schwerer Krankheit mein innigstgeliebter, treusorgender Gatte, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Georg Karl Klamp
Bäckermeister

im Alter von 50 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Niederneisen, den 12. Oktober 1919.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 14. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr (alte Zeit) vom Sterbehause aus statt.

Die glückliche Geburt eines gesunden und kräftigen Jungen zeigen hochehrent an

Paul Schuck u. Frau
Luise, geb. Matthäy.

BAD EMS, den 11. Oktober 1919.

Beamten-Verein Bad Ems.

Dienstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr
in der Turnhalle

Vortrag

des Herrn Dr. Höfle, Direktor der Deutschen Beamten-schaft, über

Beamtentum und öffentliches Leben.

Nicht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder mit Dan-
erbeten. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis, Sektion Ems.

Die rückständigen Beiträge für den Monat September sind an die Kasse zu entrichten, andernfalls das Beit-
tragsverfahren eingeleitet wird.

Bad Ems, den 11. Oktober 1919.

Der Vorstand.

Vereinsnachrichten, Diez.

Vaterl. Frauenverein Diez. Mittwoch, den 15. O-
nachm. 4 Uhr (a. H.) Vorstandssitzung in der Gewer-
schule. Kommen erwünscht.

Das Rollgeld

der hiesigen Spediteure wird vom 15. d. Mts. an für 6
Kilo Frachtaut auf 50 Pf. und für 50 Kilo Frachtaut auf
60 Pf. erhöht. Ueberbringen der Güter bis 50 Kilo
Keller und höheren Etagen per 50 Kilo 10 Pf.

Die vereinigten Spediteure von Bad Ems:

H. Glasmann. Harry E. Kraft.
R. Dypenheimer.

Kurz geschnittenes, trockenes

Brandholz

vorrätig, bei Abnahme von 10 Btr. liefere bis ans Haus
Wilhelm Arlt, Sägewerk, Bad Ems.

Zum Fussbodenanstrich!

empfehle: Leinöl gekocht, rein, Harttrockenöl,
Staubbindendes Fussbodenöl, Leinölersatz.
Aug. Roth, Drogerie, Ems.

Buchenscheit!

sowie alle andern Sorten Brennholz, auch solche von rüh-
Fällung, dauernd zu kaufen gesucht. Kaufe Waldungen mit
Selbstabtrieb, auch mit Grund und Boden.
Gustav Nebelung, Frankfurt a. M., Wittebachallee 4
Telefon Hanfa 593.

Maurer und Arbeiter

sofort gesucht.

Baugeschäft Schrupp, Nassau.

Eine noch gutgehende gebrauchte
Nähmaschine

zu kaufen sucht. Näheres bei
Aler Parbel, Ems,
Römerstraße 16.

Ein braver
Junge

kann die Schneiderkunst erlernen
Georg Dieck, Schneider,
1111 Bad Ems, Markt 11.

An- u. Verkauf
gebr. Möbel aller Art.

Lohndrogerie 21, Ems.

Gebrauchte 1/4 Lit.

Weinflaschen und

Rotweinflaschen

zu kaufen gesucht.

Bahnhofshotel Ems.

Vornehme Existenz

zu verkaufen.

Beim Kaufmann

in der Stadt

zu verkaufen.

Permor & Puruder.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.

in der Stadt

zu verkaufen.